

# Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

Der Funke erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: P 7, Jannowitz, 5909. Postscheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt: G. m. b. H.).

NUMMER 136 A

BERLIN • Sonntag, den 12. Juni 1932

1. JAHRGANG

## Eine Chance für die Arbeiterschaft. Risse in der Front der Reaktion. / Schwierige Teilung der Beute.

### Währungsdilettanten an der Arbeit.

Von Hellmut Rauschenplat.

#### 1. Internationale Währung.

In der Berliner Arbeitsgemeinschaft für Industrie-reform hielt kürzlich ein „Praktiker“, Direktor BIRNBACH, einen Vortrag über „Internationale Währung“: „Es ist kein Zweifel, daß die Unzulänglichkeit des jetzigen Währungssystems mit einer der wesentlichen Ursachen der Weltwirtschaftskrise ist.“ Als „Lösung des Problems“ empfiehlt BIRNBACH die Einführung „einer internationalen Währung durch gegenseitige Haftung für eine internationale Note als ausschließliches Zahlungsmittel“. Hauptzweck ist „das Verschwinden der Devisenkurse“. Die Vorteile sind — nach BIRNBACH — unter anderem: Erlösung von Devisengesetzen, Zollmauern, Einfuhrverboten, Betriebseinschränkungen und Arbeitslosigkeit. — Beifall.

In einer Diskussionsrede setzte ich auseinander: Es gäbe schon längst eine internationale Währung: die Goldwährung. Zur Schaffung einer internationalen Währung sei es also nicht notwendig, sich etwas Neues auszudenken, zumal die Goldwährung sich verhältnismäßig gut bewährt habe. Soweit sie vom Staat aufgehoben worden sei, habe sie sich natürlich nicht bewähren können! — Dabei stellte ich genau dar, welche wirtschaftsregulierende Wirkung die Goldwährung hat und welchen Nutzen es hat, den Notenbankpräsidenten an eine „goldene Kette“ zu legen: Eine Ausplünderung der Massen durch eine Inflation wie die deutsche von 1914 bis 1923 sei dabei jedenfalls ausgeschlossen. — Beifall.

Der stolze Vater des Projekts einer internationalen Währung — es ist dem Völkerbund eingereicht! — erwiderte: Ich bin kein Theoretiker. Alles, was Dr. RAUSCHENPLAT gesagt hat, mag richtig sein. Ich gebe zu, daß es richtig ist. Ich bin Praktiker. Ich will die Devisenbewirtschaftung beseitigen. Darum will ich die Devisenkurse beseitigen. Darum will ich die Goldwährung abschaffen. — Beifall.

In einer Schlußbemerkung wurde ich — nach der Bitte, mir ein scharfes Wort persönlich nicht übel zu nehmen — so deutlich wie möglich: „Der Plan von Direktor BIRNBACH ist völliger Unsinn. Wie die Dinge heute liegen, ist es gerade deshalb wahrscheinlich, daß er verwirklicht wird.“ — Teils betretenes Schweigen, teils Zustimmung.

#### 2. Binnenwährung.

Andere, und zwar weit gefährlichere Praktiker, nämlich Inflationpraktiker, fordern eine Binnenwährung. Bei völliger Loslösung der deutschen Währung vom Gold hoffen sie die Bahn frei zu bekommen für die gewünschte „Kreditausweitung“, wie das Wort Inflation neuerdings übersetzt zu werden pflegt.

Da bei der Goldwährung von „Deckung“ die Rede ist, reden auch diese Praktiker von Deckung: von Deckung durch Häuser, durch den vaterländischen Boden oder noch einfacher: durch Vertrauen. Unter dem nationalen Deckmantel: Gold sei eine Angelegenheit der internationalen jüdischen Hochfinanz, wird durch solches Geschwätz eine echt nationale Inflation „ideologisch“ vorbereitet.

Die Interessenten einer zweiten deutschen Inflation sind vor allem die Großagrarien und Schwerindustriellen. Sie möchten dabei von ihren Schulden ganz oder wenigstens teilweise loskommen. Die Nationalsozialisten erweisen sich auch in bezug auf diesen Wunsch ihrer Geldgeber als brauchbare Werkzeuge von Junkern

Am Sonnabend-Vormittag kommen die vereinigten Reichsratsausschüsse der verschiedenen Länder beim Reichskanzler zusammen. Am Nachmittag wird dann Herr VON PAPEN die Ministerpräsidenten der größeren Länder außer Preußen einzeln empfangen. Eine Besprechung mit dem preußischen Ministerpräsidenten wird nach der Aussprache, die vor wenigen Tagen die preußischen Minister HIRTSEFER und KLEPPER mit dem Reichskanzler und Reichsfinanzminister hatten, nicht mehr für nötig gehalten.

„Das Reich betrachtet . . . den Zwischenfall als erledigt.“ Diese Mitteilung bezieht sich auf die Störung der Beziehungen zwischen dem Reich und Preußen, die durch den Brief PAPENS an den Landtagspräsidenten KERRL hervorgerufen worden war. Herr VON PAPEN glaubt, diese Störung durch einen Antwortbrief auf das Beschwerdeschreiben des stellvertretenden preußischen Ministerpräsidenten HIRTSEFER „erledigt“ zu haben. Er hat nämlich Herrn HIRTSEFER geschrieben, daß er bereit sei, dem preußischen Wunsch gemäß zu verfahren, daß er sich aber vorbehalten müsse, in ähnlich gelagerten Fällen sich an den preußischen Landtagspräsidenten direkt zu wenden.

PAPEN bleibt also bei seinen kaiserlichen und unhöflichen Formen, in dem er sich vorbehält, bei Gelegenheit seine Grobheit zu wiederholen.

#### Die süddeutschen Ministerpräsidenten:

HELD (Bayern), BOLZ (Württemberg) und SCHMITT (Baden), die übrigens sämtlich dem Zentrum oder der Bayerischen Volkspartei angehören, sind nicht gesonnen, sich am Sonnabend nur von Herrn VON PAPEN abspähen zu lassen. Sie haben sich am Donnerstag in Karlsruhe getroffen und an HINDENBURG telegraphiert, er möge sie am Sonnabend oder Sonntag gelegentlich ihres Besuches empfangen.

Eine dem badischen Zentrum nahestehende Persönlichkeit teilt der Telegraphen-Union mit, die süddeutschen Ministerpräsidenten würden sich bei der Berliner Zusammenkunft entschieden gegen die Einsetzung von Reichskommissaren in den Ländern wenden; sie würden außerdem Klarheit über „die Gründe und Hintergründe“ des Regierungswechsels im Reich verlangen.

HINDENBURG hat den süddeutschen Ministerpräsidenten geantwortet, daß er gern bereit sei, sie am Sonntag vormittag zu empfangen, und zwar in Gegenwart des Reichskanzlers. Witzig und treffend äußert sich der „Bayerische Kurier“ zu HINDENBURGS Zusage:

Es sei verfassungsmäßig in Ordnung, daß der Kanzler als der verantwortliche Träger der Reichspolitik zu dieser Unterredung beigezogen werde. Es wäre aber wünschenswert gewesen, wenn von dieser Uebung auch früher Gebrauch gemacht worden wäre, etwa bei den politischen Besprechungen des Reichspräsidenten in Neudeck und sonst. Man erinnere sich auch, daß andere Persönlichkeiten, wie HITLER, vom Reichspräsidenten zu politischen Besprechungen empfangen worden seien, ohne daß der Reichskanzler Gelegenheit erhalten habe, sich über die Verhandlungen ins Bild zu setzen. Es sei also ein erfreulicher Umschwung zu verzeichnen.

#### Die Bayerische Volkspartei

hat am Vorabend der Berliner Zusammenkunft sehr scharfe Töne vernahmen lassen. Sie hat am

und Schlotbaronen. Darum die Warnung: Trotz aller Versicherungen der Regierung und des Reichsbankpräsidenten, —

der Arbeiterschaft droht die Gefahr, daß eine neue Inflationswelle über ihr zusammenschlägt und die Kampffonds ihrer Organisationen vernichtet, zu derselben Zeit, zu der Lohnkämpfe schon zur Erhaltung der Kaufkraft notwendig sein werden.

Die Gefahr droht vielleicht nicht von dieser Regierung und — höchstwahrscheinlich — nicht von diesem Reichsbankpräsidenten. Aber: die Nachfolger stehen bereit.

Der Vorbereitung dieses heimtückischsten und darum schamlosesten Raubzuges der Ausbeuter stehen die meisten Arbeiter theoretisch fast wehrlos gegenüber.

### AUS DEM INHALT:

Der Faschismus in Selbstdarstellung.

Das neue Herrenhaus.

Der „Heilige Vater“ und seine badischen Kinder.

Woran krankt die Einheitsfront?

Gärtner gegen Einfuhrzölle.

### Der Einheitsfront entgegen.

W. L. Kassel, 7. Juni.

In einer von der DMV-Ortsverwaltung einberufenen Erwerbslosenversammlung wurde im Verlauf der Versammlung auch Stellung zur Frage der Einheitsfront genommen. Von der Versammlung wurde folgendem Antrag zugestimmt, der der DMV-Ortsverwaltung und dem ADGB-Ortsausschuß überwiesen wurde:

„Die am 7. Juni 1932 im Gewerkschaftshaus tagende Erwerbslosenversammlung des DMV Kassel beschließt, von der Ortsverwaltung des DMV sowie vom Ortsausschuß des ADGB zu fordern, schnellstens Schritte zu unternehmen, sämtliche Kasseler Arbeiterorganisationen in einem Kartell des ADGB zusammenzufassen zur Abwehr des in den nächsten Tagen zu erwartenden Terrors der wieder legalisierten faschistischen SA- und SS-Mordbanden. Die Schaffung der proletarischen Einheitsfront aller Arbeiter muß jetzt das oberste Gebot der freien Gewerkschaften sein, da sie zur Zeit die geeignetste Grundlage für diesen Zusammenschluß bilden.“

Freitag abend im Zirkus KRONE in München in Gegenwart der Minister HELD, STUTZL und GOLDENBERGER eine Massenkundgebung veranstaltet. Gleich in den Eröffnungsworten stellte der Reichstagsabgeordnete SCHWARZ unter demonstrativem Beifall fest, daß bei BRÜNNINGS Demission die berühmte deutsche Treue einen schweren Schlag erlitten habe. Aus der Hauptrede des Staatsrats SCHÄFFER sind folgende Stellen bemerkenswert: Was das Volk wolle, habe die Reichspräsidentenwahl bewiesen: 19 Millionen wollten nicht, daß eine Parteidiktatur HITLERS aufgerichtet werde. Parlamente hätten gewiß Fehler, aber das schlechteste Parlament sei tausendmal besser als irgendeine Camarilla. Der Ruf müsse sein: „Dem deutschen Volk sein Recht! Nieder mit der Camarilla!“ Der Redner wandte sich dann dagegen, daß das neue Reichskabinet in erster Linie aus Adligen zusammengesetzt sei und die Bürgerlichen erst nachträglich herbeigeholt werden mußten. Man dürfe es dem Volke wirklich nicht übelnehmen, wenn es im Auftreten des Kabinetts SCHLEICHER-PAPEN in erster Linie einen Sieg des Großkapitals und vielleicht auch einen Sieg des Großgrundbesitzes im deutschen Osten sehe.

Der Reichskanzler möge es ja nicht wagen, dieses preußische Beispiel etwa in Bayern nachzuahmen und sich

(Fortsetzung auf der 3. Seite.)

Die wenigsten wissen Bescheid in Angelegenheiten der Währung.

Die Wissenschaft von der Währung wird allgemein als eine Art Geheimwissenschaft betrachtet, zu der aus den Reihen des Proletariats höchstens Bankbeamte Zutritt haben.

Diesen Zustand zu beseitigen, kann und soll die kurze und billige Schrift von HELENE BEYER helfen, die soeben im Verlag „Öffentliches Leben“ erschienen ist:

„Führt Geldreform aus Kapitalismus und Krise?“ (52 Seiten, 40 Pfennig; Vergleiche die-Anzeige.)

#### 3. Freigeld (Schwundgeld).

HELENE BEYER setzt sich in der genannten Schrift mit der Lehre von SILVIO GESSELL auseinander, die direkt

oder indirekt bei vielen der Projekte Pate gestanden hat, durch Reform des Geldwesens die Krise zu überwinden.

GESELL glaubt, es liege an der Beschaffenheit des heutigen Geldes (seiner Dauerhaftigkeit im Gegensatz zur Verderblichkeit der meisten Waren), daß wir im Kapitalismus leben, daß es Zins, daß es Krisen gibt.

GESELL und seine Anhänger, die in Deutschland in verschiedenen, auch proletarischen Freigeld-Vereinigungen zusammengeschlossen sind, wollen keine Inflation, sondern einen stabilen Preisstand. Als Mittel dazu wollen sie ein Geld einführen, das unter Umlaufzwang steht, dadurch daß es wöchentlich oder monatlich an Wert verliert (Frei- oder Schwundgeld). Sie meinen: durch Einführung von Freigeld und „Indexwährung“ (Erhaltung eines stabilen Preisstandes) würden die Krisen vermieden werden. HELENE BEYER schreibt dazu nach einer eingehenden Begründung, die wir hier nicht wiedergeben können:

„Mittel zu ersinnen, wie man durch künstliche Steigerung der Umlaufgeschwindigkeit der Zahlungsmittel die Krise beseitigen kann, das liegt auf der gleichen Linie, wie das Ersinnen von Mitteln, um durch Herabdrücken der Temperatur eine Krankheit zu bekämpfen. Beides ist gefährlich; denn es lenkt die Aufmerksamkeit vom Krisenherd auf die Krisensymptome beziehungsweise vom Krankheitsherd auf Krankheitssymptome, und es hindert daher, die Krise beziehungsweise die Krankheit wirksam zu bekämpfen.“ (Seite 38.)

Uns liegt an einer Verständigung mit denjenigen Freigeld-Anhängern, die den Klassenkampf für richtig halten. Denn sie „sind, wie wir Vertreter der sozialistischen Marktwirtschaft, für die Beseitigung der Ausbeutung. Sie treten, wie wir, für die Brechung des Bodenmonopols ein. Auch sie lehnen den Kollektivismus ab.“ (Vorwort.)

Wirtschaftspolitisch trennt uns von ihnen nur ihre Freigeldlehre, die bei ihnen allerdings im Vordergrund steht. Die Schrift von HELENE BEYER kommt — wir zitieren hier wieder das Vorwort — „zu dem eindeutigen Ergebnis, daß wesentliche Fehler in GESSELLS Zins- und Krisentheorie enthalten sind und weder sein ‚Freigeld‘ noch die von ihm vorgeschlagene Index-Währung Mittel sind, um Wirtschaftskrisen zu vermeiden. Wir halten es nach der angewandten Sorgfalt nicht für wahrscheinlich, daß die entscheidenden Behauptungen dieser Arbeit widerlegt werden können. Wir hoffen, daß die Anhänger GESSELLS aus der Widerlegung seiner Lehre die Konsequenzen ziehen, und bitten sie, sich beim Lesen dieser Schrift auch ihrerseits an GESSELLS Mahnung zu halten:

„Unbefangenheit ist die beste Vorbereitung für die Forschung.“

### Die Lehre vom Geld ist keine Geheimwissenschaft.

Die Schrift von HELENE BEYER ist keineswegs nur zur „Bekehrung“ von Freigeld-Anhängern geschrieben. Sie führt nicht nur zur Aufdeckung der Fehler GESSELLS.

Die Darlegungen der Verfasserin zur Frage von Zins, Krise und Goldwährung geben dem Leser außerdem das Rüstzeug in die Hand, auch andere Geldreform-Projekte kritisch zu untersuchen, desgleichen die übrigen Versuche, von der Geldseite aus die Wirtschaft anzukurbeln. Gerade darum gehört die — im Gegensatz zum größten Teil der Geld-Literatur — leichtverständlich geschriebene Broschüre in die Hand jedes Sozialisten, der sich beteiligen will am

Kampf gegen Währungsdeletantanten und Währungsexperimente.

# Der Faschismus in Selbstdarstellung.

## Mussolini als Volk und Vaterland.

In einer italienischen Enzyklopädie hat MUSSOLINI dem Bedürfnis nach einer authentischen Erklärung des Faschismus nachgegeben und ihn eigenhändig als eine „geistige, religiöse, geschichtliche und antindividualistische Auffassung“ „definiert“. Da seine im übrigen meist unverständlichen Wortkombinationen auch den Phrasenschatz seiner deutschen Kollegen treffend zusammenfassen, so wollen wir hier einige Stilblüten festhalten.

Wir erfahren also: Der faschistische Mensch sei das Individuum, das gleichzeitig Volk und Vaterland ist, ein moralisches Gesetz, das Individuum und Generationen in eine Ueberlieferung zusammenschließt und in eine Mission, die den Instinkt des im engen Kreis der Freude begrenzten Lebens abschaffe, um in der Pflicht ein höheres Leben zu finden, das von den Grenzen des Raums und der Zeit frei sei . . . .

Wer wird nach diesen lichtvollen Ausführungen noch zweifeln, wenn MUSSOLINI ihm versichert, daß der Faschismus „außer einem Regierungssystem vor allem ein Gedankensystem“ sei?

Was dieses „Gedankensystem“ für die Arbeiterschaft bedeutet, geht aus dem Schluß der MUSSOLINISCHEN Erklärungen

hervor. MUSSOLINI betont,

er glaube nicht an die Möglichkeit des Glückes auf Erden, wie es der Wunsch der wirtschaftlichen Literatur des 18. Jahrhunderts gewesen sei.

Der Faschismus sei gegen den Sozialismus,

der die geschichtliche Bewegung in dem Klassenkampf erstarrten lasse und die staatliche Einheit übersehe, die alle Klassen zu einer einzigen wirtschaftlichen und moralischen Wirklichkeit zusammenfasse.

Das „Glück auf Erden“, das die Sozialisten des 18. Jahrhunderts erstrebten, bestand in nichts anderem als darin, daß die Güter der Erde nicht einer kleinen Oberschicht der Gesellschaft vorbehalten bleiben, sondern allen zugänglich gemacht werden sollten. Wer an die Durchführbarkeit dieser einfachen Forderung der Gerechtigkeit nicht „glaubt“, zu deutsch: wer diese Forderung nicht durchführen will, dem bleibt als Politiker in der Tat nichts anderes übrig, als alle Klassen der Gesellschaft zu einer „staatlichen Einheit“ zusammenzuzwingen, in der die Ausgebeuteten durch Diktatur und Terror niedergehalten werden.

Das ist das Ziel des Faschismus.

## Die englisch-irischen Verhandlungen gescheitert.

„Fahren Sie mit dem nächsten Zug nach Hause.“

Am Freitag fanden in London die Verhandlungen zwischen MACDONALD und DE VALERA statt, in denen ein Versuch unternommen werden sollte, die englisch-irischen Streitfragen zu erledigen. Nach DE VALERAS Auftreten im irischen Senat am vorigen Mittwoch war von diesen Verhandlungen nicht viel zu erwarten. Sie sind denn auch nach vierstündiger Dauer ergebnislos abgebrochen worden. DE VALERA hatte sich entschieden geweigert, irgend welche Zugeständnisse in der Treueidfrage zu machen.

Da die englische Regierung einen Anschlag extremer irischer Republikaner auf DE VALERA fürchtete, hatte sie ihn während seines ganzen Londoner Aufenthalts mit Polizisten und Detektiven umgeben und die auf ihn wartenden Menschenmengen zerstreut. Trotzdem wurden DE VALERA auf seiner Fahrt durch die Stadt verschiedentlich begeisterte Kundgebungen zuteil.

Als nach Abschluß der Verhandlungen ein reportagelusterner Journalist DE VALERA nach dem Fortgang der Verhandlungen fragte, bekam er die lakonische Antwort: „Ich würde Ihnen raten, mit dem nächsten Zug nach Hause zu fahren.“

Das Blatt der irischen republikanischen Armee, die von Anfang an DE VALERA zum Widerstand gegen England herausgefordert hat, benutzt das Scheitern der Verhandlungen, um erneut den Ausbau der irischen Armee zu fordern. Nur die bewaffnete Macht Irlands könne die Streitfrage lösen. Auf der anderen Seite reden englische Zeitungen begrifflicher Weise von wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen gegen Irland. Man rechnet damit, daß nach Ablauf der geltenden Zollabkommen im November 1932 die irischen Waren in England als Auslandswaren gelten werden, die nicht mehr unter die für die Dominions geltenden Vorzugszollbedingungen fallen.

## Der Fortgang der Genfer Verhandlungen.

Am Freitag fanden in den leitenden Kreisen der Abrüstungskonferenz vertrauliche Beratungen über den Fortgang der Abrüstungskonferenz statt. Bei der Unfruchtbarkeit der Verhandlungen in den technischen Ausschüssen wird der Plan erwogen, nicht sofort den Hauptausschuß zusammenzurufen, der eigentlich zu den Berichten der technischen Ausschüsse Stellung nehmen sollte. Man beabsichtigt vielmehr, die Führer der einzelnen Abordnungen zu ersuchen, mit einander in Ein-

zelberatungen zu treten, um Einigungsvorschläge in den Hauptstreitfragen auszuarbeiten.

Bei diesem Verfahren, das den Vertretern der verschiedenen Länder zu mehr privaten Gesprächen Anlaß gibt, wird voraussichtlich das Schwergewicht der Abrüstungsverhandlungen von Genf nach Lausanne verlegt werden. Die Verbindung zwischen Reparations- und Abrüstungsfrage wird stärker in den Vordergrund treten als es bei einer offiziellen Fortführung der Konferenz in Genf geschehen wäre.

Diese Verabredung kommt anscheinend auch gewissen französischen Plänen entgegen. Wie es heißt, ist HERRIOT zu gewissen Zugeständnissen in der Abrüstungsfrage bereit, falls in Lausanne grundsätzlich die Reparationsverpflichtung Deutschlands für einen späteren, vorläufig noch nicht festgelegten Zeitpunkt anerkannt werde.

## Chile und das Ausland.

Die Maßnahme der neuen chilenischen Regierung, die Banken zur Herausgabe der ausländischen Devisen aufzufordern, hat begreiflicher Weise im Ausland Protest hervorgerufen. Die Vertreter der ausländischen Staaten in Santiago de Chile haben bei der Regierung Einspruch eingelegt und hoffen, die Maßnahme rückgängig machen zu können. Wie es heißt, droht die Regierung der Vereinigten Staaten damit, sie werde die Regierung in Chile um solche Schritte willen nicht anerkennen.

Die chilenische Regierung hat bereits begonnen, ausländische Guthaben zwangsweise gegen Zahlung in chilenischer Währung zu enteignen. Dabei sind für die amerikanischen Dollar 10½ Chile-Pesos gezahlt worden, während man im privaten Handel dafür 55 Pesos erhält.

## Die Feinde der Sozialisten verständigen sich.

Der Präsident des italienischen Nationalverbandes der Balilla (faschistische Kinderorganisation) hat durch einen Runderlaß an die Provinzialvorstände des Verbandes angeordnet, daß in Zukunft der Besuch des Sonntagsgottesdienstes nirgends durch kollidierende Veranstaltungen turnerischer Übungen oder sonstiger Zusammenkünfte gestört werden soll.

Auch der französische Botschafter hat jetzt in Washington das Abkommen unterzeichnet, das die Auszahlung der durch das Hoover-Moratorium rückständig gewordenen Beträge der französischen Schulden regelt. Nach dem Wortlaut dieses Abkommens sollen diese Beträge ratenweise innerhalb von 10 Jahren vom 1. Juli 1933 ab zurückgezahlt werden mit einem Zinsfuß von 4 Proz.

THEODOR PLIVIER

Copyright by Malik-Verlag 1932



## Der Kaiser ging — die Generäle blieben

(1. Fortsetzung.)

Die Hindenburgstellung, an die das Volk geglaubt hat, wie an ein neues Evangelium aus Beton, ist eingedrückt worden. Die in pausenloser titanischer Arbeit aufgebaute Hindenburgstellung, die Wotanstellung, die Siegfriedstellung, die Herrmann- und Hunding-Brünhildstellung, sind überrannt worden und liegen hinter den vorrückenden alliierten Truppen. Von den überschwemmten Gebieten Flanderns bis in die Vogesen hinein befindet die deutsche Front sich in Auflösung.

Die Deutschen lassen hinter sich:

Täglich einige Kilometer Terrain.

Täglich einige tausend Tote.

Hinter den Verteidigungslinien sammeln Führer und Unterführer immer wieder die Teile der aufgeriebenen Divisionen, stellen neue Formationen zusammen, füllen sie mit dem Nachschub aus der Heimat auf und werfen sie wieder nach vorn.

Die Militärmaschinerie funktioniert noch.

Nicht in der Etappe, — an der Front, in den unteren Offiziers- und Unteroffizierschargen findet das zusammenbrechende System einen letzten Halt. Noch lassen Feldwebel militärisches Gröhlen üben, Griffe klopfen, exerzieren. Noch besorgen Feldwebel Quartiere, lassen antreten zum Essenempfang, überwachen das Ausheben von Massengräbern,

verteilen Schnaps, einen halben Liter pro Kopf, an die nach vorn abrückenden Mannschaften.

Und 120 Kilometer hinter der Front, hinter den Bataillons-, Divisions-, Armeestäben, im Gebäude der Obersten Heeresleitung, in dem alle Fäden zusammenlaufen, in einem Zimmer des Hotels Britannia in Spa, steht ein Mann über Karten und Berechnungen gebeugt: derselbe preußische Feldwebeltyp, dasselbe Feldwebelgesicht, nur gepflegter — glattrasierte schwere Racken, ein kleiner Stutzbart, Uniform mit den roten Streifen des Generalstäblers, Ordenssterne an der Brust. Er überfliegt noch einmal die Linien, Schraffierungen und Punkte, die Armeen, Stellungen, Reserven bedeuten, packt eine Anzahl schnell hingeworfener Skizzen und Notizblätter zusammen und übergibt sie einem Obersten.

Ein Soldat hilft ihm in den Mantel, er nimmt seine Mütze entgegen und verläßt mit dem Obersten das Zimmer.

Vor dem Hotel hält ein Automobil.

Auf der Station wartet ein Extrazug.

Die beiden Generalstäbler steigen ein.

Die schwere Maschine setzt sich in Bewegung. Nach kurzer Anfahrt reißt sie die angehängten zwei Wagen — einen Telegraphen- und einen Salonwagen — in rasendem Tempo über die Landschaft. Von entgegengesetzter Richtung kommen Züge — keuchende Maschinen, endlos scheinende Wagenkolonnen. Die Züge sind beladen mit Zement, Grubenholz, Munition, mit einem noch nach Westen ziehenden Strom von Truppen.

Auf verstopften Stationen ist die Durchfahrt frei gemacht worden. Auf Nebengleisen liegen Truppen- und Gütertransporte, warten nach der Heimat bestimmte Lazarettzüge. Auf den Bahnsteigen stehen Soldaten am Brunnen, um fliegende Küchen des Bahnhofsdieneres. Auf allen Stationen dasselbe Bild. Die Soldaten auf den Bahnsteigen stapfen mit den Füßen auf dem Boden oder sitzen auf Tornistern und Gepäckstücken. Und alle sprechen über ein und dasselbe: über das Essen, über die Offiziere, über den Frieden. Neugierig sehen sie dem vorbeijagenden Extrazug mit den verhängten Fenstern nach.

„Ein großes Tier!“ konstatieren sie.

Nur beim Durchfahren der großen Städte verringert die Lokomotive ihre Fahrt, geht aber dann immer wieder auf

Höchstgeschwindigkeit. Nach vier Stunden rollt der Zug donnernd über die lange Rheinbrücke bei Köln.

Der Mann aus Spa sitzt im Salonwagen, eine kaltgewordene Zigarre zwischen den Lippen. Eine Ordonnanz kommt herein und legt Streifen eben aufgenommener Telegramme auf den Tisch:

zwischen argonnen und maas heftige angriffe der amerikaner — heeresgruppe kronprinz rupprecht hinter die lys zurückgegangen — ostende tourcoing roubaix doua! geräumt — zwischen le cateaux und der oise ist die schlacht in vollem gange —

Die Ordonnanz geht wieder in den Telegraphenwagen zu dem dort arbeitenden Obersten zurück. Der Mann im Salonwagen, der seit zwei Jahren in rastloser Tätigkeit die Bewegungen der deutschen Truppen geleitet, der noch vor acht Wochen sechzig Generalen der Westfront den Abschied gegeben hat, beiläufig nicht, die einlaufenden Nachrichten durchzusehen. Ohne sie gelesen zu haben, weiß er, daß jede verrinnende Stunde einen Hammerschlag in die Front bedeutet. Zurückgelehnt sitzt er und starrt ins Leere. Schwer und wie fremd fühlt er die Last seines Fleisches. Er ist müde geworden.

Einen Tag später, am 17. Oktober 1918:

Der Mann aus Spa fährt vor der Reichskanzlei vor: Die Posten präsentieren das Gewehr. Die Kanzleidiener hinter den hohen Glastüren stehen bewegungslos wie Statuen. Nachdem der Mann mit den Generalstäblern an ihnen vorbeigegangen ist, flüstert einer: „Das ist er — — der Generalquartiermeister — — Ludendorff!“

Der Erste Generalquartiermeister, General Ludendorff, steht vor den Mitgliedern des Kriegskabinetts, vor den Männern der neuernannten Volksregierung. Die Sitzung wird vom Reichskanzler Prinz Max von Baden presidiert. Neben dem Kanzler sitzt der Vizekanzler v. Payer, zu beiden Seiten des Tisches die Staatssekretäre und Minister. Die patriotische Linke ist durch den Sozialdemokraten Scheidemann vertreten.

Die Kabinettsmitglieder stellen Fragen.

(Fortsetzung folgt)



Die Forderung der Stunde.

Vor einigen Tagen berichteten wir über eine Entschlie-
zung zur Frage der Einheitsfront im bevorstehenden Wahlkampf.

„Die heute im Hackeschen Hof versammelten freigewerk-
schaftlichen Bewag-Funktionäre beauftragen die anwesenden
Gewerkschaftsvertreter vom ZdA, Butab, Werkmeisterverband
und Gesamtverband, die Spitzenverbände umgehend zu veran-
lassen, eine Plattform auszuarbeiten für die Schaffung eines
einheitlichen linken Wahlblocks SPD-KPD, bzw. Listenver-
bindung. Tausende Funktionäre und Millionen Arbeiter und
Angestellte erwarten

in den Stunden höchster Gefahr
für den Fortbestand der Arbeiterbewegung nach jahrelangen
Fehlern auf allen Seiten —

endlich Besinnung! Schafft die Begeiste-
rungswelle, auf die Zehntausende von
Funktionären warten,

um mit unwiderstehlicher Kühnheit den gemeinsamen Feind
der Arbeiterbewegung, den Faschismus, für immer zu
schlagen! Diese Entschliebung ist auch dem Vorstand der
SPD und dem ZK der KPD zuzuleiten.“

Genossen, sorgt dafür, daß überall in den Gewerkschaften,
Betrieben, Stempelstellen, überall wo Gogner des Faschismus
zusammenkommen, ganz gleich welcher Partei sie angehören,
der Ruf aufgenommen und die Führung weitergegeben wird:

Schafft das Wahlbündnis aller Sozialisten für die kom-
mende Reichstagswahl!

Herr VON PAPEN will der Presse wieder mehr Freiheit
verschaffen — so hat er gesagt. Dem soll es wohl dienen,
daß ausgerechnet ein Beamter, der fünf Jahre im Reichs-
wehrministerium tätig war, VON CARLOWITZ, jetzt in das
Referat „Inland“ der Presseabteilung der Reichsregierung
eingetreten ist.

Die Bürokratie ließ ihn sterben — den Arbeiter RAU
aus Oderberg (Mark), der wegen politischer Schlägereien
in Untersuchungshaft gesperrt worden war, und im Unter-
suchungsfängnis an Kopfroße erkrankte. Selbst HUGEN-
BERGS „Märkischer Landesdienst“ muß zugeben: „Da ein
am 27. Mai gestellter Haftentlassungsantrag erst am 2. Juni
genehmigt wurde, starb RAU, obwohl er sofort nach seiner
Entlassung in das Angermünder Krankenhaus überführt
worden war. Man schiebt die Schuld an seinem Tode dem
Mangel an ärztlicher Versorgung in der Untersuchungs-
haft zu.“

Es wird weiter amnestiert. Jetzt hat mit den Stimmen
NS, Deutschnationalen und Kommunisten der Rechtsaus-
schuß des preußischen Landtags die Freilassung des rechts-
radikalen Bauernführers CLAUS HEIM beschlossen.

Zwei Verzweifelte, zwei Mädchen, ließen sich auf der
Eisenbahnstrecke Dortmund—Mengede die Köpfe abfahren.

Schwerer Ernteschaden durch Hochwasser der Elbe und
durch starke Niederschläge hat die Prignitz betroffen. Die
Heuernte ist großenteils unmöglich geworden. Das Winter-
getreide hat stark gelitten, liegt zum Teil wie gewalzt da.
Große Verzweiflung unter den Bauern.

Die öffentlichen Versammlungen
des ISK.

Braunschweig: Dienstag, 14. Juni, 20.15 Uhr,
im Handelshof, Lessingplatz 5.
Thema: Der Feind steht rechts. Wie schlagen wir ihn?

Frankfurt a. M.: Mittwoch, den 15. Juni, 20.15
Uhr, im Volksbildungsheim.
Redner: Genosse Lehnert, München. Thema: Schleicher
— Hitler — Thälmann. Vom Faschismus zum Sozia-
lismus?

Magdeburg: Mittwoch, den 15. Juni, 20 Uhr, im
Knochenhauerufer 27/28. Thema: Nationalisten und
Faschisten auf dem Marsch! Wie steht es um die Ab-
wehrfront? Redner: Walter Probst, Braunschweig.
Eintritt: 20 Pfennig. Erwerbslose: 10 Pfennig.

freie Aussprache! Eintritt frei!

„Erde.“

Ein Russenfilm von Dowschenko.

Berlin, den 10. Juni 1932.

Lieber Herbert!

Heute eine kleine Abschlagszahlung auf meine Brief-
schuld, damit sie nicht allzu schwer wiege. (Denn selbst das
langfristige Moratorium geht einmal zu Ende.)

Du kennst meine leidenschaftliche Teilnahme an allem,
was Film und Theater heißt. Und Du weißt andererseits, wie
mager die Filmausbeute der vergangenen Jahre ist.

Wer sich einmal die Mühe nimmt, sein Gedächtnis zu
prüfen, um Inventur zu machen, wird fast mit den fünf
Fingern seiner Hand auskommen, um die guten Filme des
verflossenen Jahres aufzuzählen. Ich kenne nur fünf.

Der eine deutsche Film ist der von PABST gedrehte Berg-
werksfilm „Kameradschaft“: das Hohelied auf die Solidarität
der Kumpels aller Welt.

Der andere heißt „Niemandland“, ein Antikriegsfilmbild, mit
dem unvergesslichen Negerartisten als Dolmetsch zwischen
den feindlichen Soldaten, die der Zufall in einen Graben zu-
sammengewürfelt hat.

Der französische Film von RENE CLAIR „Die Million“
liegt auf einer anderen Ebene. Eine Märchenfabel voll Witz,
Charme und Grazie. Jenseits von Politik und Klassenkampf.
Nur ein Revoluzzer findet ihn deshalb gefährlich.

Dann die beiden jüngst herausgebrachten Russenfilme:
„Der Weg ins Leben“, das Drama von den Verwehrlosten und
ihrer Einführung ins Kollektiv der neuen Gesellschaft.
Und DOWSCHENKOS Bauern-Epos von der „Erde“.

Woran krankt die Einheitsfront?

Mißbrauch der Gewerkschaften für die SP.

1. Gewerkschaften für die SP-Press.

M. H. Unter der Ueberschrift „Wenn zwei dasselbe tun...“
wird im „Funken“ vom 10. Juni berichtet, wie empört eine SP-
Zeitung war, als in einer Gewerkschaftsversammlung in Offen-
bach der Bevollmächtigte GALM die Gewerkschaftsveranstaltung
dazu benutzte, Propaganda für die SAP zu machen. Auch wir
verurteilen dies, weil es gegen die parteipolitische Neutralität
in den Gewerkschaften verstößt. Aber die gleiche Empörung
ist gegenüber der SP viel häufiger am Platze; denn diese miß-
braucht ständig die Gewerkschaften für ihre parteipolitischen
Interessen. Dafür ein neues Beispiel:

Die Gau-, Bezirks- und Ortsgruppenleiter-Konferenz des
ADGB in Pommern faßte vor kurzem eine Entschliebung, in
der „verschärfte Aufklärungsarbeit“ gefordert wird. Es heißt
dann: „Hierzu ist das berufenste und geeignetste Mittel die
sozialdemokratische Arbeiterpresse. Jeder organisierte Arbeiter,
Angestellte und Beamte ist im eigenen Interesse verpflichtet,
die für seinen Wohnort zuständige sozialdemokratische Zeitung
zu abonnieren. Die Konferenz... hält es für eine der vor-
nehmsten Pflichten aller Funktionäre der freien Gewerkschaf-
ten, zu jeder Zeit und an jeder Stelle für die Ausbreitung der
im Bezirk erscheinenden Arbeiterzeitungen zu wirken.“ Ge-
meint sind aber nur die sozialdemokratischen Zeitungen! Daß
es Anhänger von SAP, KP und ISK als Mitglieder und Funk-
tionäre der Gewerkschaften gibt, denen doch wohl eine Propa-
ganda für eine gegnerische Parteipresse nicht zugemutet
werden kann, das kümmert diese Gewerkschaftsvertreter nicht,
die für sich das Monopol in den Gewerkschaften bean-
spruchen, diese für ihre Parteipropaganda zu mißbrauchen.

Auf diese Weise werden die Gewerkschaften an der wich-
tigsten Aufgabe gehindert, die sie heute zu erfüllen haben:
alle klassenbewußten Arbeiter zu einheitlicher Aktion zu ver-
einigen.

2. Nur SP und Hugenberg werden
informiert.

Ein Berichterstatter des „Funken“ wurde zu einer Kon-
ferenz des Bergarbeiterverbandes im Ruhrgebiet nicht zuge-
lassen, mit der Begründung, daß diese Tagung internen Cha-
rakter hätte. Der SP-Presseräumt man aber auch hier wieder
ein Monopol ein: an sie ergehen besondere Berichte, die ein
anderer nicht erhalten kann. Außerdem wird allerdings noch
die Hugenberg-Presser informiert durch Presseberichte an die
Telegraphen-Union!

3. Nur keine Kritik an der SP!

Die Abhängigkeit der Gewerkschaften von der SP verhin-
dert nicht nur die Bildung einer Einheitsfront, sondern ver-
führt sie auch zur Unsachlichkeit ihren anderen Aufgaben
gegenüber. Dafür ein kleines, aber typisches Beispiel: Die
„Rundschau der Frau“ (herausgegeben vom ZdA) vom Mai
1932 berichtet zwar über den Vorstoß gegen die verheiratete
Beamtin, der durch Annahme des Gesetzes über die Rechts-
stellung der weiblichen Beamtin im Reichstag am 12. Mai er-
folgt ist; sie verschweigt aber völlig, daß auch die SP diesem
Gesetz zugestimmt und ihm dadurch zur Annahme verholfen
hat. Es wird lediglich lakonisch bemerkt, daß „die notwendige
Zweidrittel-Mehrheit zustande kam!“ Dabei wird ausdrücklich
die „gefährliche unklare Fassung“ hervorgehoben, sowie der
Charakter dieses Gesetzes als „Ausnahmegesetz“ gegen die
Frau betont. Demnach hält die Schriftleitung dies Gesetz für
verhängnisvoll; aber Kritik an der SP, selbst wenn sie sich
geradezu aufdrängt, darf nicht geübt werden, ja, es wird durch
Verschweigen der Haltung der SP versucht, die Gewerkschafts-
mitglieder zu täuschen, während wirkliche und Schein-Ver-
dienste der SP gerade in der ZdA-Presser stets in epischer
Breite erörtert werden. Durch solche Methoden kann jeden-
falls kein Vertrauen zur Leitung der Gewerkschaften ent-
stehen!

Parteigoismus von SP und KP.

Der Parteigoismus hindert die Leitung von SP und KP,
die für die Bildung einer Einheitsfront notwendige partei-
politische Neutralität zu wahren. Daß daran dann tatsächlich
alle Versuche zur Einheitsfront scheitern, hat sich erneut in
Hannoversch-Münden bei zwei Versuchen einheitlicher Arbeit
gezeigt:

Die „Arbeiter-Bühne“ Münden plante eine Freilichtauf-
führung von ZUCKMAYERS „Schinderhannes“. In der „Arbeiter-
Bühne“ sind SP- und KP-Mitglieder, und in ihren Satzungen
wird für alle Veranstaltungen verlangt, daß keinerlei Propa-
ganda für eine Partei gemacht wird. Für die jetzt geplante
Aufführung wurden alle Mitarbeiter nochmals ausdrücklich
auf die Innehaltung dieser Richtlinien verpflichtet. Daraufhin
verbot die KP ihren Mitgliedern die Mitarbeit bei der Auffüh-
rung des „Schinderhannes“. Ersatzleute für die ausfallenden
KP-Spieler waren nicht zu beschaffen. Das Stück kann nun
nicht aufgeführt werden. Die Aufführung eines revolutionären
Dramas unter einheitlicher Beteiligung der Arbeiterschaft
wurde also durch die Engstirnigkeit der KP verhindert.

In einem anderen Falle war es die SP, die aus Partei-
egoismus eine einheitliche Arbeit zerschlug. Es hatte sich ein
Komitee gebildet aus Vertretern der SP, KP und des ISK, das
Erwerbslosen-Bildungs- und Unterhaltungsabende veranstalten
wollte. Die SP-Genossen waren in diesem Komitee sogar in
der Mehrheit. Aber die SP verbot ihren Mitgliedern die Mit-
arbeit in diesem Komitee, weil bei den Erwerbslosenveranstal-
tungen keine Propaganda für die SP gemacht werden sollte.

Dieso zum Teil unbedeutend aussehenden Fälle sind
typisch für das allgemeine Verhalten dieser beiden Parteien.
Keine kann sich entschließen, einer Einheitsfront zuzu-
stimmen, in der nicht sie „führend“ ist. Oder besser: Ihre
Führer können sich nicht dazu entschließen. Daß die ein-
fachen Mitglieder zur bedingungslosen Einheitsfront — wenn
sie nur eindeutig gegen den Faschismus gerichtet ist — bereit
sind, zeigen zahlreiche Versuche, zeigt ferner die Tatsache,
daß die Arbeiter mit leuchtenden Augen voller Begeisterung
erzählen, wenn ihnen eine gemeinsame Demonstration ge-
lungen ist, wenn sie gemeinsam ein Gewerkschaftshaus gegen
anstürmende HITLER-Banden verteidigt haben, zeigt ihre
immer wiederkehrende Frage:

Warum wollen die Führer nicht?

In vielen Fällen mag Sorge um das eigene Wohl, um den
Posten die Hemmung sein; vielfach verhindert persönliche
Feindschaft, die in dem jahrelang mit allen Mitteln der Ver-
unglimpfung und Beschimpfung geführten erbitterten Kampf
unüberbrückbar geworden ist, die Verständigung; auch geis-
tige Enge, dogmatische Verrantheit, die mit Prinzipien-
treue verwechselt wird, mögen eine Rolle spielen.

Aber es gibt auch Genossen in der Führung der beiden
großen Arbeiterparteien, die wohl bereit sind, das so nötige
Kampfbündnis zu schließen, die genau wissen, daß die Taktik
und das Verhalten ihrer Parteileitung völlig verfehlt ist, daß
es heute um viel primitivere Dinge geht als um Programmpunkte,
nämlich darum, das nackte Leben zu retten. Sie selber
wären auch bereit, sich für diesen Zweck mit jedem zu ver-
bünden, der dabei helfen kann.

Aber davon sind sie nur überzeugt, sie halten es
für richtig, sprechen vollauf auch im vertrauten
Kreise darüber. Eine solche Forderung in der Leitung der
Partei zu erheben, unterlassen sie. Sie wollen sich „nicht den
Mund verbrennen“. Sie wollen sich erst einmal einen mög-
lichst großen Anhängerkreis schaffen, sich eine Position in der
Partei aufbauen, damit dann ihr Wort um so mehr Nach-
druck hat.

Und so wird intrigiert, unterirdisch gearbeitet, geworben,
gewünscht, diskutiert — bis die Arbeiterschaft von sich aus
das Notbündnis zustande bringt (wozu wenig Hoffnung be-
steht), oder die faschistischen Horden den Arbeiterorganisa-
tionen und vielleicht ihnen selber samt ihrer so mühsam auf-
gebauten Rückendeckung das Lebenslicht ausblasen.

Mehr als wohl je zuvor, wird durch dies verantwortungs-
lose Verhalten wissender führender Genossen der Arbeiter-
schaft die Notwendigkeit des Charakters für den politischen
Führer offenbar. Bestechlichkeit, Eigennutz, Unsachlichkeit,
Bockigkeit und Feigheit sind keine Qualitäten für Menschen,
die den Sozialismus verwirklichen wollen. Für diese Arbeit
brauchen wir Charaktere, die allerdings nicht vom Himmel
fallen, sondern herangebildet werden müssen. Keine der bis-
herigen Arbeiterparteien hat sich diese Aufgabe gesetzt. Der
ISK hat sie planmäßig in Angriff genommen, und das ist es
im wesentlichen, was ihn von den übrigen sozialistischen Par-
teien unterscheidet.

Die „Kamera“, Unter den Linden, hat diesen Film wieder-
herausgekratzt und bietet ihn während dieser Tage im
Rahmen ihrer „Festspiele des Films“ (zusammen mit einem
anderen schönen Russenfilm nach einer Erzählung von GORKI:
„Das Lied vom alten Markt“).

Wie der „Panzerkreuzer Potemkin“ der dramatischste,
der aufrüttelndste Russenfilm ist, so ist die „Erde“ der
schönste Russenfilm. Ein lyrisches Epos vom Landleben
des neuen Rußland.

Die Handlung ist sparsam, fast nur ein Vorwand für
Regisseur und Kameramann, um in photographischen Ge-
mülden zu schweigen.

Was geht vor?

In einem Sowjet-Dorf kämpft die Jugend um die Kol-
lektivwirtschaft, gegen das Alter, gegen die Tradition, gegen
das Kulakentum. Der Traktor als Symbol des neuen Lebens
zieht ins Dorf ein. Die Kulaken leisten verzweifelten Wider-
stand. Der junge Sowjet-Agitator und Traktorführer
VASSILI wird hinterrücks erschlagen. Der Mord alarmiert
das Dorf, und das Leichenbegängnis wird zur politischen De-
monstration.

Der Kritiker, der Nörgler von Beruf, hebt den Zeige-
finger und konstatiert entrüstet bolschewistische Tendenz.
Für die Sowjets ist eine solche Gestalt im Film eine Selbst-
verständlichkeit: der Film dient ihnen in erster Linie als po-
litisches Instrument, um Ideen zu propagieren. Erst in
zweiter Linie ist der Film künstlerisches Ausdrucksmittel.

DOWSCHENKOS Film wird in Rußland heftig umstritten.
Die kommunistischen Schriftgelehrten empfinden ihn als nicht
lehrhaft genug, zu wenig linientreu, zu sehr als künstleri-
schen Selbstzweck.

Doch diese Verurteilung ist ein Lob für den Filmdichter.
Das Doktrinäre, Tendenzhafte tritt in den Hintergrund und
wirkt durch seine Unaufdringlichkeit nur stärker. Im Vorder-
grund entfaltet sich üppig die Natur: Baum, Tier und Mensch.

Nur ein paar Bruchstücke:
Pralle Äpfel, die im Winde wippen und von Regentau
noch tropfen... Ganze Felder voll Sonnenblumen, von einer
Leuchtkraft, als ob sie ein VAN GOGH unserer Tage gemalt
hätte... Ein alter Mann stirbt wie in einer biblischen Le-
gende... Als der Traktor auf der Straße gesichtet wird, ist
das ganze Dorf auf den Beinen. Führt er? oder hält er? Auch
die schlaksigen Kulakensöhne stehen am Straßenrand, miß-
trauisch, hämisch und spucken wie die anderen Sonnenblumen-
kerne. Selbst die weißen Gäste strecken die Hüse und
schnuppern mit den Nüstern. Trotz aller Verwünschungen
seitens der Kulaken: der Traktor fährt!

Erschütternd ist die Szene, in der VASSILI vor Lebens-
lust fast zerspringt und auf der nächtlichen Landstraße einen
russischen Polka tanzt — bis er jählings erschlagen zusam-
menbricht...

Phantastisch eindringlich, wie der Totschläger von Ge-
wissensqualen zermartert, vor den singenden Demonstranten
auf die Aecker flieht und seinen Schädel wie einen Kreisel in
die Erde bohrt...

Du mußt den Film selber sehen! Denn alle Beredsamkeit,
die ich anbiete, ist nur ein ohnmächtiger Versuch, die Schön-
heit dieses Films lebendig werden zu lassen...

Nun gute Nacht!
Es hat zwei geschlagen.

In alter Kameradschaft
Dein Ipp.

# Aus den Arbeitskämpfen.

## Unerhörter Schiedsspruch von den Klempnern abgelehnt.

Sie streiken weiter.

Nachdem die Verhandlungen zur Beilegung des seit drei Wochen dauernden Streiks der Bauklempner in den Betrieben der Berliner Installateur-Innung und in den Badeapparatefabriken zweimal gescheitert sind, weil die Unternehmer an ihrem unverschämten Lohndiktat, die Löhne von 1,35 M auf 1,03 M herunterzusetzen, festhielten, ist am Freitag ein Schiedsspruch gefällt worden für die in den Badeapparatefabriken Beschäftigten. Nach diesem unerhörten Spruch sollen die Löhne um 21 Prozent, also auf 1,06 M gesenkt werden. Die Akkordbasis, die bisher immer so hoch war wie der Stundenlohn, soll bis zum 31. August um 14 Prozent gesenkt werden und dann nur die Höhe des Stundenlohns, also 1,06 M haben. Für Arbeiten, die nicht im Akkord berechnet werden können, soll wie bisher ein Zuschlag von 10 Pfennig je Stunde gezahlt werden; dies hat praktisch kaum eine Bedeutung, da etwa 95 Prozent der in Frage kommenden Arbeiter in Akkord arbeiten.

In dem Schiedsspruch fehlt jede Bestimmung darüber, daß der Streik nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses gilt und daß Maßregelungen nicht stattfinden dürfen.

Der Lohnsatz soll bis 30. September gelten. Der Manteltarif soll nach diesem Schiedsspruch bis 31. März 1933 unverändert gelten.

Die Badeapparateklempner, die sehr gut organisiert sind, haben in der Streikversammlung am Freitag den Schiedsspruch einstimmig abgelehnt. Der Streik geht also weiter.

### Solidarität.

Die Besatzung eines französischen Passagierdampfers, der am Freitag abend nach Madagaskar auslaufen sollte, ist in den Generalstreik getreten, so daß die Schiffsahrtsgesellschaft einen anderen Dampfer einsetzen mußte. Die Ursache des Streiks war die Entlassung von drei Matrosen die sich gelegentlich der letzten Ueberfahrt über gewisse hygienische Mißstände beschwert hatten.

### Gegen weitere Entlassungen.

Ein Beispiel.

Zu den Einsparungen, die die Stadt Frankfurt a. M. jetzt vornimmt, gehört auch der Abbau von 179 städtischen Arbeitern.

Die vom Gesamtverband einberufene Versammlung, die sich mit dieser Angelegenheit beschäftigte, wandte sich gegen die Entlassungen. Es wurde eine Resolution angenommen, in der gefordert wird, daß durch Herabsetzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde auf 4 1/2 Stunden wöchentlich die überzähligen Arbeiter weiter beschäftigt werden sollen.

Auf diese Weise werden allerdings wieder die Arbeiter mit den geplanten Einsparungen belastet. Wenn wir trotzdem heute diese Forderung befürworten, so nicht zuletzt in der Ueberzeugung, daß die noch Beschäftigten besser eine halbe Stunde Lohn von ihrem allerdings schon niedrigen Einkommen, abgeben können, als wenn ihre Kollegen völlig auf Erwerblosensration gesetzt werden. Es ist außerdem leider eine Tatsache, mit der wir rechnen müssen, daß der Zulauf der Nazis nicht zuletzt auf die vielen Arbeitslosen zurückzuführen ist.

Die durch das solidarische Verhalten ihrer Kollegen in Arbeit gebliebenen Arbeiter sollten — falls die Forderung erfüllt wird — sich in erster Linie verpflichtet fühlen, sich gewerkschaftlich zu organisieren und mitzukämpfen für eine Gesellschaft, in der notwendige Einsparungen in gerechter Weise vorgenommen werden und nicht auf Kosten der so wieso wirtschaftlich Schwächsten.

## Auch der Deutsche Bauwerksbund nimmt Arbeitslose als Mitglieder auf.

F. G. Auf der Tagung des Beirates des Bauwerksbundes empfahl BERNHARD, den unorganisierten Arbeitslosen die Möglichkeit zu geben, auch als Arbeitslose die Mitgliedschaft zu erwerben. Das sei schon im Hinblick auf die große Zahl der Arbeitslosen im Baugewerbe notwendig. Die unorganisierten Arbeitslosen müßten in die Gewerkschaften eingegliedert werden, damit sie sich für die gewerkschaftlichen Aufgaben interessieren und an dem Verbands- und Versammlungsleben teilnehmen. In diesem Sinne faßte der Beirat einen Beschluß.

## Zur Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes

Die Versuche, die für den freiwilligen Arbeitsdienst vorgeschriebene Zusatzlichkeit zu mißachten, werden immer häufiger. Immer wieder und fast überall wird versucht, auch regelrechte Hoch- und Tiefbauarbeiten im freiwilligen Arbeitsdienst herzustellen und so den Bauarbeitern das ohnehin arg beschnittene Stückchen Brot zu nehmen. Immer wieder muß auf die Unwirtschaftlichkeit des Arbeitsdienstes hingewiesen werden. Ebenso ist festzustellen, daß die große Mehrheit der Arbeiterschaft den freiwilligen Arbeitsdienst ablehnt. Wenn zur Zeit Organisationen, die den Bauarbeitern nahe stehen, für den freiwilligen Arbeitsdienst Propaganda machen, so besteht für die Bauarbeiterorganisationen keinerlei Anlaß, ihre bisherige grundsätzliche Ablehnung aufzugeben.

An dieser Stellungnahme zeigt sich, daß die freien Gewerkschaften keine einheitliche Stellung in dieser wichtigen Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes haben. Daher kommen die Gewerkschaften auch nicht zu einem entschiedenen Vorgehen, um sich gegen Uebergriffe des freiwilligen Arbeitsdienstes zu sichern, was nicht ausschließt, daß einem Teil der durch die Arbeitslosigkeit bedrohten Jugend unter Leitung der Gewerkschaften eine Betätigungsmöglichkeit gegeben werden kann.

## Die christlichen Arbeiter entschließen sich.

Wo bleiben die Klassenkämpfer?

1 Essen, 10. Juni.

Im Essener Saalbau fand am Freitag eine Vertretertagung der westdeutschen katholischen Arbeitervereine statt, in der der zweite Vorsitzende der Zentrumsparlei, Joos, über die politische Lage sprach. In der Versammlung wurde eine Entschliebung angenommen, die an Freiherrn VON GAYL und an SEVERING gesandt wurde. In dieser Entschliebung heißt es:

„Die Vertreter der katholischen Arbeiterbewegung Westdeutschlands befürchten von der Aufhebung des SA- und SS-Verbotes Ausschreitungen im bevorstehenden Wahlkampf. Sie werden deshalb mit gleichgerichteten Volksverbänden ihre Schutz- und Abwehrorganisationen verstärken. Sie erwarten von den Ministern Sicherung der staatsbürgerlichen Freiheit und schärfste Verfolgung aller, die sich dagegen vergehen.“

Eine solche Entschliebung beschämt, was Einsicht in den Ernst der politischen Situation angeht, die großen Verbände der sozialistischen Arbeiterbewegung, die doch im Geist des Klassenkampfes jahrzehntelang erzogen ist, und von der man also ein höheres Maß an Bewußtsein um den Klassenkampf und seinen heutigen Stand erwarten

muß, als es in den parteioffiziellen Äußerungen zur Frage der Einheitsfront zutage tritt.

Uns zeigt die vorstehende Resolution wieder, daß die Stunde reif ist, um für den bevorstehenden Reichstagswahlkampf die Initiative zur Bildung einer Einheitsfront auf breiter Basis zu ergreifen, wenn möglich von den Kommunisten bis zu den christlichen Gewerkschaften. Und zwar um eine Einheitsfront, zunächst parlamentarisch, in der Form gemeinsamer Arbeiterlisten mit Vertretern verschiedener Richtungen und außerdem zum Selbstschutz gegen den zu erwartenden Straßenterror der NS während des Wahlkampfes.

## Massenkundgebung!

am Dienstag, dem 14. Juni 1932, abends 8 Uhr, Festsäle zum Alten Askanier, Berlin, Anhalterstraße 11 (Anhalter Bahnhof). Neueste vivisektionistische Greuel- und Unsinnstaten.

Referent: Dr. med. Wegener.

Alle Tier- und Menschenfreunde sind eingeladen.

Eintritt frei. Aussprache.

Tierschutzorganisation R. d. E. Ring der Entschiedenen Bekämpfer der Vivisektion wie jeden Tierrißbrauchs und Förderer des Tierschutzes E. V.

Vors. u. Leitung: H. Hauck, Berlin-Tempelhof, Ottokarstr. 2a.

Internationale Hilfs-Vereinigung, Bezirk Berlin-Brandenburg Berlin SW 68, Wilhelmstraße 135, Tel. Bergmann 87 36.

Bezirksvorstand: Wichtige Sitzung am Mittwoch, 15. Juni, 8 Uhr, Wilhelmstraße 135.

Ortsgruppe Südwest: Gründungsversammlung am Montag, dem 13. Juni, bei Geil, Schöneberg, Merseburger Str. 7, um 8 Uhr. Referent: Genosse Schlomka. Gäste willkommen!

Ortsgruppe Osten: Mitgliederversammlung am Montag, dem 13. Juni, um 7.30 Uhr, Jugendheim, Große Frankfurter Str. 16. Vortrag des Genossen Schlör: „Geschichtliche Entwicklung der Justiz“ und Delegiertenwahl zur Bezirkskonferenz. Gäste willkommen!

Ortsgruppe Neukölln: Am Dienstag, dem 14. Juni, Vorstandssitzung am bekannten Ort.

Ortsgruppe Zentrum: Mitgliederversammlung am Donnerstag, dem 16. Juni, um 8 Uhr, im Sekretariat Wilhelmstr. 135. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Mitglieder Pflicht!

„Komitee zur Rettung von Mooney und Billings“: Plenarsitzung des Komitees, am Freitag, dem 17. Juni, um 8 Uhr, im Sekretariat, Wilhelmstraße 135. Wichtige Tagesordnung. Alle angeschlossenen Organisationen müssen vertreten sein!

„Deutsche Friedensgesellschaft“, Berlin - Nordwest: Montag, den 13. Juni, 8.30 Uhr, in den Arminius-Festsälen, Bremer Str. 72/73. Freund Stille spricht über „Deutsche Jugenderziehung in Theorie und Praxis“. Gäste willkommen!

## BESTELLSCHHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name ..... Ort .....  
Straße und Hausnummer .....

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeiger R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdrucker u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

# ISK

7. JAHRGANG 6. HEFT JUNI 1932

### INHALT:

WILLI EICHLER:

## Das Ende der Demokratie.

LEONARD NELSON:

## Massenverachtung und Achtung der Masse.

FRITZ GROB:

## Die Entscheidungsstunde der Gewerkschaften.

Zum Nachdenken:

Um ein paar Backpfeifen. Glänzende Pressearbeit der englischen katholischen Glaubensgesellschaft. Neue Anreize zum Tiermord. Die Angleichung der Löhne.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes. Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe.

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a.

C. Lotze

Göttingen  
Johannisstr. 2

Butter  
Käse, Eier  
Landbrot

Das Haus der guten Schuhe

H. Ebel

Berlin N 65, Maxstr. 27  
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98  
Telefon D 6 Wedding 2358  
Bei Vorz. d. Inserates 5% Rabatt!

Bürobedarfartikel.

Reparaturen und Reinigung  
von Schreibmaschinen.

A. H. Timmermann.

Hamburg / Barcstraße 8.  
Telephon: 25 53 42.

Erstklassige  
Maßarbeit

Herren - Anzüge  
Mäntel  
Damen - Mäntel  
Kostüme

Tadelloser Sitz

Schönheit

MAGDEBURG

O.v. Guerickestr.

104, H.r. L.

Stoffmuster

vorrätig.

Werbeprospekte  
Zeitungen  
Zeitschriften

bei billigster Preisberechnung druckt

A. Janiszewski

Buchdrucker und Verlag, GmbH

Berlin SO 36, Elisabethufer 29, Fernruf Sammelnummer FI Moritzplatz 541



MAGDEBURG

## Pflanzen-Butter

(vegetabile Margarine)

garantiert reine Nuß-Fette

Sonder-Angebot:

Post-Päckchen 8 Pfd. netto nur 2,20 RM.  
Frei Haus gegen Voreinsendung auf  
Postascheck Magdeburg 179 24.

Frischkost-Reformhaus

Ernst Held, Magdeburg

Otto v. Guerickestraße 104.

BERLIN

## KAMERA

Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987.

Festspiele des Films:

11.-13. Juni:

Zwei Russenfilme:

Dowschenko: Erde.

Das Lied vom alten Markt.

Anfangszeit: 15, 17, 19 und 21 Uhr.

Soeben erschien:

## Führt Geldreform aus Kapitalismus und Krise?

Kritische Auseinandersetzung mit der Freigeldlehre.

Von Helene Beyer.

52 Seiten. Gehefte 0,40 M.

Aus dem Inhalt:

Zur Zinstheorie der Freigeldlehre.

Ist der Geldbesitzer dem Warenbesitzer wirtschaftlich überlegen?

Die Ursache des Zinses.

Worin besteht die „Willkür“ der sogenannten Geldbesitzer?

Die Ursache der Ausbeutung.

Kann der Zins durch Einführung von Schwundgeld abgeschafft werden?

Wirkungen des Schwundgeldes.

Zur Krisentheorie der Freigeldlehre.

Die Quantitätstheorie.

Die Ursachen der Wirtschaftskrisen.

Können die Wirtschaftskrisen vermieden werden durch die Einführung der Indexwährung?

Können die Wirtschaftskrisen durch das Schwundgeld vermieden werden?

Gold- oder Indexwährung?

Der Geldstreik.

Die Wära-Aktion.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Postcheckkonto: Berlin 818 42.



## Schwierige Teilung der Beute.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

mit der bayerischen Regierungsbildung zu beschäftigen. Es könnte sein, daß er mit aller Deutlichkeit auf die Grenzen verwiesen würde,

die auch einem Reichskanzler den Ländern gegenüber gezogen seien. Bayern habe keinen Vertrauensmann im neuen Reichskabinet. Bei aller persönlichen und menschlichen Achtung vor dem Minister GÜRTNER — ein Vertreter und Vertrauensmann Bayerns und des deutschen Südens im Kabinet sei er nicht und könne er nicht sein.

### Um die Regierungsbildung in Preußen.

Der Aeltestenrat des preußischen Landtages hat den Landtag auf Mittwoch, den 15. Juni, einberufen. Tagesordnung: Anträge auf Aufhebung der preußischen Notverordnung; nationaler Amnestie-Gesetzentwurf.

Ein deutschnationaler Antrag, auch die Wahl des Ministerpräsidenten auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen, wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen und des Zentrums abgelehnt. Insbesondere stimmten also die acht NS-Mitglieder des Aeltestenausschusses gegen die von PAPAN ausdrücklich gewünschte Beschleunigung der Wahl des Ministerpräsidenten. Ueber die Gründe dieses Verhaltens gibt ein Artikel ROSENBERG im „Völkischen Beobachter“ Aufschluß. ROSENBERG macht dem Zentrum scharfe Vorwürfe, weil es sich weigere, einen nationalsozialistischen Ministerpräsidenten in Preußen anzuerkennen, obwohl doch die Nationalsozialisten bedeutend stärkere Koalitionspartner seien als die bisherigen Koalitionsgenossen des Zentrums: die Sozialdemokraten, und obwohl das Zentrum diesen bisher den Posten des Ministerpräsidenten zugebilligt habe. Kurz: die NS haben ein Interesse an der Beschleunigung der Ministerpräsidentenwahl deswegen noch nicht, weil ihr Handel mit dem Zentrum noch nicht perfekt ist.

### Ein frecher KERRL.

Trotzdem erhebt KERRL gegen die jetzige Preußenregierung den Vorwurf, sie habe die Beschleunigung der Wahl des Ministerpräsidenten verhindert — als ob etwa die NS diese Wahl beschleunigten. Dieser Vorwurf steht in einem Schreiben KERRLS an HIRTISIEFER, den stellvertretenden preußischen Ministerpräsidenten, neben anderen Frechheiten.

KERRL teilt z. B. mit, er habe Herrn VON PAPAN gebeten, mit ihm (KERRL) wegen der Neubildung der Regierung weiter zu verhandeln, denn er (KERRL) sei zur Zeit der einzig berufene Vertreter der Legislative und die Regierungsbildung sei ein Akt der Legislative. Weiter beschwert sich KERRL darüber, daß BRAUN sich, als er in Urlaub ging, als Abgeordneter nicht bei ihm abgemeldet habe, obwohl doch der Landtagspräsident den Urlaub eines Abgeordneten zu erteilen habe.

Daß es sich hierbei um nichts weiter handelt als um Frechheiten, geht daraus hervor, daß Herr KERRLs Pg's im Reichstag monatelang, ohne sich vorher beurlauben zu lassen, die Reichstagsitzungen (nicht die Diäten) geschwänzt haben.

BREITSCHIED hat als Vorsitzender der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an Herrn FRICK, den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages, die Aufforderung gerichtet, „diesem Ausschuß in der allernächsten Zeit zu einer Sitzung einzuberufen“, damit, wie BREITSCHIED boshaft bemerkt, „der Regierung Gelegenheit gegeben wird“, ihre außenpolitischen „Absichten schärfer zu umreißen“; schärfer, als es in dem dürftigen außenpolitischen Teil der Regierungserklärung geschehen ist. BREITSCHIED fügt hinzu: „Man darf doch wohl annehmen, daß das Kabinet ganz bestimmte außenpolitische Pläne verfolgt, die zweifellos von denen der Reichsregierung BRÜNING abweichen.“

(Der Auswärtige Ausschuß besteht trotz der Reichstagsauflösung bis zur Einsetzung eines neuen Auswärtigen Ausschusses durch den neu gewählten Reichstag weiter.)

### Herren und Knechte.

Ein beachtenswerter Riß im Lager des Gegners ist noch der zwischen der Herrenklasse (in erster Linie den Adligen und Militärs) und dem jeder gesellschaftlichen Tradition baren nationalsozialistischen Pöbelhaufen: Der Graf VON SCHWERIN-KROSIGK wird sich nicht mit ungeteilter Freude an einen Tisch mit HITLER setzen. Wie wir es neulich aus-

# Das Herrenhaus auferstanden.

Rpt. Das Preußische Herrenhaus aus der Zeit des Dreiklassen-Wahlrechts, das war der richtige Treffpunkt für die „Herren“ aus der deutschen Landwirtschaft, die sich unter der Firma Deutscher Landwirtschaftsrat am Sonnabend vormittag in Berlin versammelten. Einige würdige alte Herren mit walendem Vollbart, viele schneidige Ostelbier-Typen. Den Bankrott sieht man ihrem Ernährungszustand nicht an. Mittel- und Kleinbauern oder vielmehr von diesen gewählte und von den Junkern genehmigte Landwirtschaftskammer-Beamte sitzen als Konzessionsschulzen und als Gewähr für Erhaltung der Macht der Junker zwischen diesen.

Der Präsident begrüßt viele Mitglieder der Junkerregierung: den Kanzler VON PAPAN, VON BRAUN, VON GAYL, WARNBOLD. Unmittelbar danach unter besonderen Beifall den davongejagten Ernährungsminister SCHIELE. Er spricht ihm den ausdrücklichen und herzlichsten Dank aus. Der Dank ist berechtigt! Denn SCHIELE hat sich ja geradezu geopfert für das Interesse der Großagrarien.

Der Kanzler liest seine Begrüßungsworte ab, an der Spitze die Erklärung: Die Bildung dieser neuen Regierung habe wenig zu tun mit dem üblichen Wechsel parlamentarischer Kabinete. Es handle sich — PAPAN erhebt die Stimme — um die Dokumentierung einer grundsätzlich neuen Richtung der Staatsführung. PAPAN fährt leiser fort: selbstverständlich im Rahmen der Verfassung.

Die Junker auf den Ministersesseln empfinden anscheinend bei jeder Gelegenheit das Bedürfnis, von ihrem sozialen Gewissen zu reden. So auch PAPAN. Er verwirft es als grundlegenden Irrtum, daß der Staat in der Fürsorge für die Arbeitnehmer an die Stelle der Arbeitgeber treten solle. Er will die Verbundenheit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern wieder hergestellt sehen — ins Deutsche übersetzt: die Opfer des Kapitalismus sollen des Rechts auf Unterstützung beraubt werden und werden der Wohlthätigkeit ihrer Ausbeuter empfohlen. Die Bitte ihres Kanzlers, den Kampf der Regierung um seelischen und materiellen Aufbruch der Nation weiter zu unterstützen, quittierten die Junker und ihre Gefolgsleute natürlich mit Beifall; denn es ist ja ihr Kampf, den er führen will. Wenn er verspricht, durch organischen Umbau der Wirtschaft ist der Fehler der kapitalistischen Wirtschaft auszumergen, so ist, das wissen wir, gemeint: Erhaltung und Kräftigung des ostelbischen Feudalismus. Denn daß die Ueberreste des Feudalismus im Kapitalismus bedroht sind, daß ist für sie natürlich der „Fehler des Kapitalismus“.

Auch das ist sicher: PAPAN wird sich bemühen, diesen Fehler des Kapitalismus zu beseitigen. Er ist allerdings sicherlich kein starker Mann, dem Aussehen und der Wirkung nach

mehr Oberlehrer als Baron. Daß der General SCHLEICHER die stärkere Figur im Kabinet ist, davon überzeugt bereits der Augenschein. Auch dieser General hat ja aber — zum Glück für die Agrarier — ein Interesse an der Erhaltung der ostelbischen Groß-Getreideproduzenten. Ihre Interessen sind also beim Kabinet VON PAPAN sicher gut aufgehoben. Sie wissen das. Darum brauchte sich der Reichsernährungsminister mit seiner Rede nicht viel Mühe geben.

Dieser, der Freiherr VON BRAUN, liest in raschem Tempo statistische Zahlen vor, die ihm seine Beamten zusammengestellt haben. Er fährt dann fort: Sie werden erfahren wollen, wohin die Reichsregierung steuert. — Es ist nichts gefährlicher, als Improvisationen und undurchdachte Maßnahmen. Daher will ich keine Lösungen vorschlagen, ich will nur die Probleme nennen. Er nennt an erster Stelle die „Gefahr“, daß im Herbst die Getreidepreise sinken. Dann geht er in langer Reihe die Produkte durch, ohne mehr zu sagen, als daß Maßnahmen der Handelspolitik, der Markt- und Absatzregelung ergriffen werden sollen.

Zur Frage des Zinses macht er die aufschlußreiche Bemerkung: Dieses Problem muß angepackt werden.

Zur Frage der Siedlung, versteht er: Im Bestreben, die ländliche Siedlung zu fördern, stehe diese Regierung keiner anderen nach. Er halte die Ansiedlung deutscher Bauern im Osten für eine dringende Aufgabe; Siedlung schaffe das zähste Bollwerk der Nation. Voraussetzung sei, daß man richtig siedle. Die Stellen dürften nicht zu klein sein. Man müsse freie Männer auf freier Scholle schaffen, keine Staatsrentner. Begründung: Die Zwergbauern in Rußland waren dort die Stütze der Revolution.

Sein agrarpolitisches Glaubensbekenntnis: „Agrarfragen können nicht allein mit dem Verstande bearbeitet werden. Sie sind eine Sache der gefühlsmäßigen Einstellung des Menschen zum Grund und Boden. Dies Gefühl kann man nicht lernen, man kann es auch nicht beschreiben, man kann es nur haben oder nicht haben. Ich gehöre zu denen, die in der Mutter Erde den Urgrund alles Werdens erblicken, den der Mensch zu verehren hat.“

VON BRAUN sagte also im Grunde nichts über seine Absichten. Das war, wir wiederholen es, in diesem Kreise auch nicht notwendig.

Um welche Kreise es sich handelte, war während der Rede des Freiherrn VON BRAUN mit weißer Kreide an eine Tafel geschrieben. Hinter seinem Stuhl stand eine Tafel: „Am Telefon wird gewünscht.“ Der Diener hatte gleich für die nächsten Anrufe stehen gelassen: „Herr von . . .“

drückten: es ist der Riß zwischen den Herren und den Knechten der Reaktion. Herr VON KLEIST-SCHMENZIN, Vorstandsmitglied der Deutschnationalen Volkspartei in Pommern, hat diesem Riß ein vertrauliches Rundschreiben an Mitglieder seiner Partei gewidmet. Dem Exkronprinzen und anderen Angehörigen der Herrenklasse wirft Herr VON KLEIST vor, sie hätten „jeden politischen Instinkt vermissen lassen“, als sie für den Präsidentschaftskandidaten HITLER einträten.

Ueber das Rundschreiben weiß das „Berliner Tageblatt“ noch folgende Stellen mitzutellen:

„Die Auswirkung des Nationalsozialismus nimmt Formen an, die unsere Zukunft bedrohen. . . Diese Menschen, die den sozialistischen Forderungen . . . gegenüber unzugänglich waren, haben sich dieselben Forderungen und Schlagworte, nachdem sie ihnen im nationalen Mantel geboten wurden, zu eigen gemacht. Jetzt sind sie von ihrer Richtigkeit fast überzeugt und wenden sich großenteils mit Haß gegen jeden Besitz . . .“

Herr VON KLEIST erwähnt dann die hieraus entspringende „leidenschaftliche Ablehnung der Religion. Aehnlich verhält es sich mit der Monarchie, Gehorsamspflicht außerhalb der Partei, Ehrfurcht, Ueberlieferung u. s. w. . . Ursprünglich zuverlässige Arbeiter, vernachlässigen sie sich unter der Einwirkung des Nationalsozialismus auch im Dienst. Es scheint, als ob die Uebertragung dieser jede Ordnung auflösenden Gesinnung auch auf die Kinder beginnt, so wie wir es bisher nur in kommunistischen Großstadtvierteln kannten . . .“

Dieser Riß zwischen den Herren und Knechten wird bei den Vorgängen dieser Tage, zum Beispiel bei der Verzögerung der preußischen Regierungsbildung, eine Rolle spielen.

Es ist interessant, daß er auch in Italien aufgetreten ist: als für den Faschismus die Entscheidung auf des Mössers Schneide stand, da verhandelte in Rom der König zunächst mit den Herrenvertretern seiner Klasse über die Bildung einer neuen Regierung. Als jedoch MUSSOLINI das Wort ergriff, kommandierte er den Marsch auf Rom, und erst unter diesem Druck warf der König sich dem Faschismus in die Arme.

Wie können wir die Risse im gegnerischen Lager für die Sache der Arbeiterschaft ausnutzen? Sie bedeuten für uns einen Zeitgewinn, einen kleinen, sehr kleinen wahrscheinlich. Es kommt alles darauf an, ihn zum Schließen der Risse im eigenen Lager zu nutzen. Was dazu jetzt im Augenblick geschehen sollte, das sagen wir an anderer Stelle dieser Nummer.

### Elend und Hunger.

24 bis 25 Millionen Fehlbetrag wird der Haushalt der Stadt Köln für 1932/33 aufweisen. Der Haushalt wird nicht ausgeglichen werden können.

Die Stadt Duisburg-Hamborn ist nicht in der Lage, die am 1. Juni fälligen Zinsscheine der Sieben-Millionen-Anleihe von 1928 einzulösen. Sie müsse — so teilt sie mit — alle flüssigen Mittel für die Auszahlung der Wohlfahrtsunterstützung bereithalten.

Die Zahl der Berliner Wohlfahrtsverwerbslosen ist während des Mai wieder gestiegen, von 271.260 auf 281.698.

Zwei Vorsitzende des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister SAHM von Berlin und Präsident MULERT, haben dem Reichskanzler in einer Unterredung über die schwierige Lage der Gemeinden Bericht erstattet.

Am selben Tage war der Präsident des Deutschen Landkreistages, VON STEMPER, zu einer Besprechung über die Finanzlage der Landkreise bei Herrn VON PAPAN.

### Wir sind erwerbslos, wir haben Hunger

und verlangen sofortige Abstimmung über den kommunistischen Erwerbslosenanspruch!“ So riefen am Donnerstag in der Berliner Stadtverordnetenversammlung die Tribünenbesucher.

Ihre Empörung ist verständlich: es handelte sich um einen Antrag des Stadtverordneten KOENEN, die 14.500 M., die man der Kirchengemeinde Cladow zahlen wollte (die Vorlage darüber stand zur Debatte) und die Polizeikommissionen zuzustreichen und die freiwerdenden Mittel für die Erwerbslosen zu verwenden. Der Vorsteher lehnte aus einem kleinlichen formalen Grunde ab, über den Antrag abstimmen zu lassen: er hätte zum Haushalt gestellt werden müssen, nicht zu der Debatte über die Auseinandersetzung mit der Kirchengemeinde Cladow. Diese Ablehnung löste die Rufe von den Tribünen aus.

Auf die entsprechende Aufforderung des Vorstehers räumten die Besucher die Tribünen nicht freiwillig, sondern sangen mit der kommunistischen Fraktion gemeinsam die „Internationale“. Ein Kommando Schupo räumte dann die Tribünen.

### Die „Staatserhaltenden“!

Die erste Auflage der Reichsverfassung, nämlich die vom 11. August 1919, wird mehr und mehr außer Kraft gesetzt. Der Landtag in Mecklenburg-Strelitz hat einen deutschnationalen Antrag angenommen, nach dem Verfassungsverstöße am 11. August verboten sein sollen. Die Regierung, die aus einem Deutschnationalen und einem NS besteht, hat sich zu diesem Beschluß noch nicht geäußert.

Das badische Staatsministerium hat die Bestimmung vom Jahre 1923, nach der der 11. August gebotener Feiertag war, jetzt aufgehoben.

# Der „Heilige Vater“ und seine badischen Kinder.

## Zur Ernennung des neuen Erzbischofs.

„Nein, ich bin nicht mit Ihnen zufrieden.“ (Der Großinquisitor zum König. SCHILLER: „Don Carlos“.)

Schl. Durch den Tod des Erzbischofs von Freiburg, Dr. KARL FRITZ, wurde eine Neubesetzung des Bischofstuhles in Freiburg notwendig. Seit einem Jahrhundert wurde der Erzbischof vom Freiburger Domkapitel gewählt und dann von der badischen Regierung bestätigt, die auf Grund der päpstlichen Bullen von 1821 und 1837 ein Einspruchsrecht hat. Der Nachfolger des verstorbenen Erzbischofs, der bisherige Bischof von Meissen, Dr. KONRAD GRÖBER, wurde jedoch vom Papst ernannt, unter Ausschluß des lang geübten Wahlrechtes des Domkapitels.

Ueber die Gründe für diese bemerkenswerte Neuregelung weiß die „Frankfurter Zeitung“ interessante Einzelheiten zu berichten. Schon im Juli 1920 betonte die Kurie ihren Rechtsanspruch bei der Besetzung des Freiburger Bischofstuhles und gab die „Ernennung“ des Erzbischofs Dr. FRITZ bekannt, obgleich sie damals noch die Wahl durch das Domkapitel zuließ. Jetzt, im Jahre 1932, schaltet sie das Domkapitel ganz aus.

Welches Ziel verfolgt Rom mit diesem neuen energischen Ton in seiner Politik der badischen Geistlichkeit gegenüber? Die Kurie weiß, daß der deutsche Katholizismus ganz besonderen Wert auf die Wahl der Bischöfe durch die Demokratie legt. Nach Ansicht der „Frankfurter Zeitung“ übt sie nun von dieser Seite einen Druck aus, um den Abschluß von Konkordaten in den verschiedenen Ländern zu beschleunigen: davon macht sie ihre Sanktionierung des Rechtes der Domkapitel abhängig. Diese Ansicht hat viel für sich, wenn man folgende einfache Ueberlegung anstellt. In Würtemberg hatte die Kurie 1926 sich mit der Wahl eines Nachfolgers für Bischof KÉPPLER von Rottenburg einverstanden erklärt, da der Ab-

schluß eines Konkordates in nächster Zukunft bevorzustehen schien. Da diese Erwartung sich nicht erfüllte, ist Rom jetzt im Falle Badens vorsichtiger vorgegangen und hat, als sich die Verhandlungen wegen eines badischen Konkordates verzögerten, kurzerhand von sich aus den neuen Erzbischof von Freiburg ernannt.

Die „Germania“ ist überzeugt: „Der Heilige Stuhl hat eine hervorragende Wahl getroffen, denn hier kehrt nicht nur ein mit den seelsorglichen und organisatorischen Verhältnissen von Grund aus vertrauter Bischof in seine Heimat zurück. Mit ihm gehen vielmehr die reichen, vielfach auch harten Erfahrungen, die der Diasporabischof GRÖBER im Meißener Land gesammelt hat. Sie werden dem Leiter des Erzbistums Freiburg und der oberrheinischen Kirchenprovinz eine der wertvollsten Gaben für seine neue, noch größere Verantwortung sein. . . Die Nachricht, daß der jetzige Bischof von Meissen zum Nachfolger des verstorbenen Erzbischofs Dr. KARL FRITZ ausersehen sei, hatte in der oberrheinischen Kirchenprovinz große Hoffnungen und allgemeine freudige Zustimmung geweckt.“

Mag sein. Daß man ihnen aber den beliebten Mann vor die Nase kommandiert hat, scheint die badischen Katholiken etwas verschupft zu haben. Das Hauptorgan des badischen Zentrums, der „Badische Beobachter“, gibt der geteilten Stimmung, den „gemischten Gefühlen“ Ausdruck, mit denen der Schritt der Kurie innerhalb des badischen Katholizismus aufgenommen worden ist.

Die badischen Katholiken haben übrigens ein einfaches Mittel, ihren Protest gegen die Verletzung ihres Mitbestimmungsrechts geltend zu machen: sie können im Landtag die Streichung der staatlichen Zuschüsse für den erzbischöflichen Stuhl beantragen und die Bezahlung dieses Funktionärs dem überlassen, der ihn bestellt hat.

# Kleinbauernkühe an der Spitze.

## Zur Frage: Groß- oder Kleinbetrieb?

Aus einer Veröffentlichung des Tierzuchtinspektors Dipl.-Landwirt STAPPENBOCK, Uelzen (Hannover), entnehmen wir folgendes über die Wirkung des Milchkontrollverbandes im Regierungsbezirk Lüneburg:

Im Jahre 1931 wurden in 1205 Betrieben 10 701 Kühe einer Leistungsprüfung unterzogen. Der Verbandsdurchschnitt in diesem Jahre betrug pro Kuh 4280 kg Milch mit 3,39 Proz. Fettgehalt, also 140,82 kg Fett. Das bedeutet einen Fortschritt gegenüber dem Vorjahre von 87 kg Milch, 0,07 Proz. Fettgehalt und 5,71 kg Fett, obwohl in dem Berichtsjahr in allen Vereinen Maul- und Klauenseuche herrschte, wodurch die Erträge zweifellos eine starke Senkung erfahren haben, und obwohl mancher Landwirt durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen worden ist, seinen guten Milchkühen das notwendige Kraftfutter zu entziehen. Die Steigerung der Leistung ist nur dadurch möglich geworden, daß die große Mehrzahl der Mitglieder die Leistungsfähigkeit ihrer Kühe durch die richtige Futtergabe noch mehr als bisher ausgenutzt haben, sowie durch rechtzeitige Ausmerzung derjenigen Kühe, deren Durchhaltung unwirtschaftlich war. In welchem Ausmaße die Verbesserung der Bestände trotz der schwierigen Lage der Milchwirtschaft zugenommen hat, ergibt sich aus folgenden Tatsachen.

Im Jahre 1929 gaben 597 Kühe über 5000 Liter Milch, im Jahre 1930: 1638 Kühe und im Jahre 1931: 1797 Kühe.

Innerhalb des Kontrollverbandes liegen die Bestleistungen in Kleinbauernwirtschaften. An der Spitze steht eine Bauernwirtschaft mit zwei Kühen mit 260 kg Fett, 3,80 Proz. Fettgehalt und 6802 kg Milch. Ihr folgt eine Bauernwirtschaft mit drei Kühen mit 257,2 kg Fett, 3,59 Proz. Fettgehalt und 7166 kg Milch, dann eine Bauernwirtschaft mit vier Kühen mit 293,7 kg Fett, 3,47 Proz. Fettgehalt und 8462 kg Milch. Es folgen dann bäuerliche Betriebe mit 6, 7, 11, 12, 21, 27 und 30 Kühen. Die Vergleichung ergibt, daß mit zunehmender Betriebsgröße der Milch- und Fettertrag sinkt, dagegen die Fettprozentage ziemlich stabil bleiben.

Kleinbäuerliche Wirtschaften stehen also auf dem Gebiete der Milchwirtschaft an erster Stelle.

Wenn alle deutschen Kühe dem Lüneburger Durchschnitt entsprächen, würden in Deutschland fünf Millionen Milchkühe überflüssig sein. Statt zehn Millionen Milchkühe mit je 2200 kg Milch im Jahre würden nur fünf Millionen Lüneburger Durchschnittskühe gebraucht. Dadurch würden Aufzucht- und Unterhaltungskosten für fünf Millionen Milchkühe gespart; das würde die Unkosten der deutschen Milcherzeugung um rund zwei Milliarden Mark jährlich verringern.

(Nach der „Deutschen Bauernzeitung“.)

## Gärtner gegen Einfuhrzölle.

### Raketenflugzeug oder Wirtschaftspolitik?

In der Leipziger Fachzeitschrift „Der Gartenbau“ (Nr. 22, vom 29. Mai) schreibt A. JANSON über „Europäische Zollpolitik — deutscher Gartenbau“ mit dem bezeichnenden Untertitel: „Eine Warnung vor Trugschlüssen.“ JANSON ist der Ansicht, daß der zollfreie Freihandel „mit tölicher Sicherheit“ kommen würde, „trotz aller Anstrengungen unserer gärtnerischen Zollanhänger“, weil „der Weltverkehr mit seinen von Jahr zu Jahr unerhört gesteigerten Frachtschleunigungen, Vereinfachungen und Verbilligungen auch größte Entfernungen überbrückt. Er kommt, weil mit dem Flugzeug täglich Hunderte von Zentnern Schnittblumen — trotz aller Grenzbeachtung... — zollfrei über die Grenze geschafft werden können. Er kommt, weil in nicht allzu ferner Zeit die zollbelastete Ware mit dem Raketenflugzeug über 1000 km und mehr von Land zu Land geschossen werden wird; weil der Raketenchauffeur dem verzweifelt winkenden Grenzzöllner eine ellenlange Nase dreht wird“.

JANSON sieht auch, daß die „zunehmende Abdrosselung der Austauschbeziehungen der Völker (infolge der Zollabgrenzungen)“ eine „schnelle, geradezu vorhersehbare Abnahme der Arbeitsverdienste“ zur Folge hatte. Nach JANSON hat der deutsche Gartenbau

„nicht nur ein Lebensinteresse an auskömmlichen Preisen seiner Erzeugnisse, sondern mehr noch daran, daß der deutsche Käufer das Geld zum Kaufen hat.“

„Wo aber nicht verdient wird, kann auch nicht gekauft werden“, schreibt JANSON sehr richtig.

Die heutige Zollpolitik, die JANSON eine „schwere Wirtschaftskrankheit“ nennt, schildert er so: „Was die beiderseitigen Schützengräben im großen Kriege waren, sind die himmelhohen Zollmauern in diesem Wirtschaftskrieg, der letzten Endes genau so ein Widerspruch, ein Verbrechen gegen die menschliche Vernunft ist wie das fürchterliche Morden von einst.“

Allerdings befürwortet JANSON augenblicklich hohe Zollsätze, Einfuhrkontingentierung u. s. w., weil „dem deutschen Gärtner Zeit gegeben werden muß, sich auf Kulturen umzustellen, die auch in der Zeit des (zollungeschützten) Freihandels ohne Zollhilfe lebensfähig sein werden“. Als solche Kulturen nennt er: Obst, Baumschulware, Saatgut, Blumenzwiebeln.

Es ist klar, daß eine plötzliche Herabsetzung der Freihandels böse Folgen für den deutschen Gartenbau haben würde. Um diese Folgen mit Sicherheit zu verhindern, sollte sofort mit dem stufenweisen Abbau der Zölle begonnen werden. Ein Zusammenbruch des Gartenbaues kann dabei dadurch abgewehrt werden, daß in der Übergangszeit der Gartenbau unterstützt wird aus Mitteln, die jetzt den bankrotten Großgrundbesitzern nachgeworfen werden. Eine damit verbundene Senkung der Getreidezölle würde die Kaufkraft des größten Teiles der Bevölkerung für andere Produkte, also auch für Obst und Gemüse, erhöhen und dadurch dem Gartenbau erhöhte Absatzmöglichkeiten verschaffen.

Doch wird dies nicht, wie JANSON offenbar glaubt, mit „tölicher Sicherheit“ kommen, sondern nur, wenn Arbeiter und Bauern (und hierzu gehören ja auch die Gärtner) eine gemeinsame Front zur Erreichung dieser Ziele bilden. Dies ist um so dringender, weil sowohl Gartenbau als auch Käufermassen verzweifeln bei dem jetzt herrschenden ungeheuren „Verbrechen gegen die Vernunft“ und nicht mehr auf die wirklichkeitsferne Zeit warten können, in der „der Raketenchauffeur dem verzweifelt winkenden Grenzzöllner eine ellenlange Nase dreht wird“.

W. Ebert.

## Devisenunfug im Kleinen.

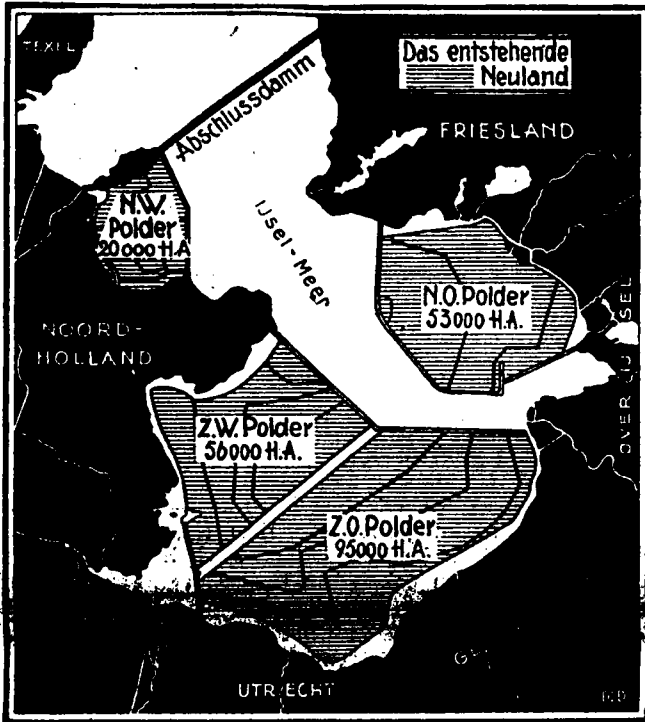
Ein Deutscher, der 20 Jahre und 364 Tage alt ist, darf ins Ausland nur Mark-Noten mitnehmen. Wenn er einen Tag älter ist, darf er ausländische Zahlungsmittel (bis zum Betrag von 200 Mark) mitnehmen. — Die Wirkung auf den deutschen Devisenbestand ist in beiden Fällen die gleiche! Denn für die Mark-Noten werden eben im Ausland Devisen gekauft. Welchen Bürokraten zur Freude wird jene Unterscheidung gemacht?

## Warum werden Arbeitslose nicht Unternehmer?

Der Vizepräsident der Handelskammer Schopfheim, Dr. HACKELBERGER, hat am 11. Mai auf einer Tagung des deutschen Industrie- und Handelstages — soweit wir wissen, ohne daß ein Widerspruch erfolgte — gesagt: Es sei falsch, das Unternehmertum als geschlossene Kaste zu betrachten; die Türen zu ihm ständen weit offen.

Wir empfehlen, Herrn Dr. HACKELBERGER als Portier anzustellen, vermuten jedoch, daß seine Tätigkeit nur im „Zuhalten und keineswegs im Öffnen“ der Türen bestehen wird.

## Holland erobert im Frieden eine Provinz.



Vor wenigen Tagen wurde der Abschlußdamm der Zuider See vollendet. Dieser Meerbusen ist damit von der Nordsee abgeschlossen. Durch Trockenlegung erobert sich Holland hier eine neue Provinz: Es werden zunächst 200 000 Hektar neues fruchtbares Land geschaffen, auf dem rund 200 000 Menschen angesiedelt werden sollen.

## DEUTSCHLAND

**Großhandelsindex:** Der für den Monatsdurchschnitt Mai berechnete Großhandelsindex beträgt 97,2; er liegt um 1,2 Prozent niedriger als im April.

**Steigender Ruhrkohlenabsatz:** Der arbeitstägliche Ruhrkohlenversand für Rechnung des Syndikats stieg von 139 Tonnen im April auf 169 Tonnen im Mai. Der Mehrabsatz ging vor allem in das unbestrittene Gebiet, weil dort der Absatz sich durch Inkrafttreten der Sommerabgabe belebte. — Wie würde er sich erst bei Aufhebung der Kartellpreise beleben!

## 60 Jahre Deutscher Landwirtschaftsrat.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat, der am 11. Juni zu einer Vollversammlung zusammentrat, feiert sein 60jähriges Bestehen und kann, wie behauptet wird, „auf eine 60-jährige Tätigkeit im Dienste der deutschen Landwirtschaft zurückblicken“.

Im Dienst welcher Gruppe der Deutsche Landwirtschaftsrat, die Spitzenorganisation der Landwirtschaftskammern, gearbeitet hat, ergibt sich ohne weiteres schon aus der Liste seiner Präsidenten:

- 1872—1890 VON WEDEL-Malchow,
- 1891—1894 Freiherr VON HAMMERSTEIN-HANNOVER,
- 1895—1900 Freiherr VON ROEDER-Oberelgeth,
- 1901—1918 Freiherr von SCHWERIN-Löwitz,
- 1919—1922 Freiherr VON SCHORLEMER-LIESER,
- seit 1922 Dr. BRANDES.

Vor der Revolution war offenbar die Zugehörigkeit zum Adel deutscher Nation die Voraussetzung für die Bekleidung der Präsidentenwürde. Der erste bürgerliche Präsident steht übrigens seinen feudalen Vorgängern in der Vertretung der Interessen der Großgrundbesitzer um nichts nach.

## Der Prüfstein.

Wie die HUGENBERGSche „Landwirtschaftliche Wochenschau“ mitteilt, „wird der neue Reichsernährungsminister auf der Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrats zum ersten Male mit seinem Programm vor die Öffentlichkeit treten und dann wird man Klarheit haben, welcher agrarpolitische Kurs in dem neuen Kabinett gesteuert werden wird“.

## Angegriffene Spargroschen — ein Zeichen der Verarmung.

Nach dem neusten „Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung“ haben die Spareinlagen bei den Sparkassen seit der Kreditkrise von Mitte vorigen Jahres bis zur Gegenwart im ganzen um 1273 Millionen Mark, das heißt um 13 Prozent, abgenommen. Monat für Monat wurden mehr Gelder ausgezahlt, als neu eingezahlt wurden. Der größte monatliche Auszahlungsüberschuß lag im August vorigen Jahres; er betrug 312 Millionen Mark.

Prozentual noch größer sind die Einlagenverluste der Konsumvereine. Ihnen wurden vom 30. Juni vorigen Jahres bis zum 31. Dezember 21 Prozent der Spareinlagen (94 Millionen Mark) entzogen, während die Spareinlagen bei den Sparkassen in der gleichen Zeit nur um 12 Prozent, bei den landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften um 10 Prozent und bei den gewerblichen Genossenschaftsbanken um 17 Prozent zurückgingen.

Insgesamt sanken die Spareinlagen bei den obengenannten Instituten im zweiten Halbjahr 1931 um 1807 Millionen Mark, das sind 12,6 Prozent.

Der Einlagenverlust ist keineswegs nur eine Folge des Mißtrauens und der Angst vor der Inflation, obwohl man annehmen darf, daß ein großer Teil der 1,8 Milliarden Mark aus diesen Gründen irgendwo in Strümpfen aufbewahrt wird. Zu einem nicht unerheblichen Teil ist der Einlagenschwund eine Folge der wachsenden Not der Arbeiterklasse. Das ergibt sich auch daraus, daß gerade bei den Konsumvereinen prozentual am meisten Spareinlagen abgezogen wurden.

Bey.

## Kleiner Goldverlust bei der Reichsbank.

(Angaben in Millionen Mark.)

	Gold	Devisen	Reichs-schatz-wechsel	Lombard-ford.	Wechsel-Scheine	Noten-umlauf	Giro-zuthaben	Gesamt-Geld-umlauf
31. 5. 1931	2390	186	25	167	1791	4299	853	5873
7. 6. 1931	2300	113	55	70	1709	4079	271	5619
30. 4. 1932	858	131	26	282	3146	4128	405	6200
7. 5. 1932	851	133	10	111	3146	3991	363	6019
31. 5. 1932	863	129	18	257	2990	3961	431	5990
7. 6. 1932	848	138	6	129	3081	3889	358	5898

Die Ausleihungen der Reichsbank verminderten sich in der Berichtswoche um 99 Millionen Mark. Während in der ersten Maiwoche 39 Prozent der zum Monatsende in Anspruch genommenen Kredite zurückgezahlt wurden, betrug die Rückzahlung in der ersten Juniwoche nur 27 Prozent. Die geringere Entlastung in diesem Monat ist wohl zum Teil eine Folge der beunruhigenden innenpolitischen Entwicklung, die zu einer Flucht in die Sachwerte veranlaßt.

Vergleiche im übrigen die obige Tabelle.

Bey.

## PORTUGAL

**Auf Kaffee und Baumwolle folgt Wein:** Die portugiesischen Winzer haben die Vernichtung von über 45 Millionen Litern minderwertigen Weines beschlossen, um bessere Absatzmöglichkeiten für ihre guten Weinmarken zu schaffen.

## ENGLAND

**33½ Prozent Roheisen-Zoll:** Für Roheisen wird künftig ein Zoll von 33½ Prozent vom Wert erhoben. — Die englische Schwerindustrie ist mit ihrer Forderung also durchgedrungen; die eisenverarbeitende Industrie machte lebhaft Opposition gegen die Zollwünsche der Schwerindustrie; wie man sieht, ohne Erfolg.

## SCHWEIZ

**Hotelgewerbe:** Ende April 1932 waren 28 Prozent der Betten der geöffneten Betriebe besetzt. Ende April 1931 waren es 37 Prozent, Ende April 1930: 42 Prozent. — Auf 100 besetzte Gästebetten kamen in diesem Jahr 103 beschäftigte Personen, im April 1930 nur 76; die Unkosten steigen also auch hier bei schlechter Ausnutzung des Betriebes!

Als Prüfstein der neuen Regierung wird bezeichnet „die Kündigung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages, die bis zum 30. Juni erfolgt sein muß“.

Die Liste ihrer Wünsche schließt die „Landwirtschaftliche Wochenschau“ mit einer Feststellung, die sich den im übrigen im HUGENBERG-Konzern üblichen Geschichtsdarstellungen würdig einreicht:

„Die Landwirtschaft hat unter den handelspolitischen Bindungen der Vergangenheit derart gelitten, daß sie erwarten muß, daß hier endgültig Wandel geschaffen wird.“

## Der Wahnwitz der andern.

Zur Ergänzung sei hier noch festgehalten, was Dr. DEETJEN vom Reichslandwirtschaftsrat am 7. Juni über „Weltwirtschaft oder nationale Wirtschaft?“ phantasierte. Das geschah im Rahmen der „Akademischen Woche Berlin“, also nicht auf einem Narrenfest. Ort: der Große Hörsaal des Physikalischen Instituts der Technischen Hochschule (also ein Raum, zu dessen Baukosten alle Steuerzahler beigetragen haben, damit in ihm die Wahrheit erforscht wird). An dieser Stelle hörte man: „Die wahnwitzige Handelspolitik der andern Staaten hat uns in den Zustand einer belagerten Festung gebracht.“

## Bankerotteure auf der Fahrt nach Neudeck.

Ein Bild im „Ulk“: Zwei feudale Herren in einer Kutsche, Gewehr im Arm. Vierzehn Kutscher und Diener auf dem Bock. Wegweiser: „Nach Neudeck.“ „Einer Regierung, die nur eine Milliarde Osthilfe gibt, kann man kein Vertrauen schenken.“